

## Die Preissteigerungswelle des Sommers 1918.

Wien, 16. August. |

In den vorausgegangenen Kriegsjahren waren Frühjahrs- und Herbstbeginn gewöhnlich die Zeitpunkte, in denen die vorläufig ohne absehbares Ende nach aufwärts gerichtete Preisbewegung einen neuerlichen starken Sprung machte. Vielleicht ist dieses Kalendarium der Teuerung in einem ursächlichen Zusammenhange mit dem agrarischen Wirtschaftsjahre, dessen Semester von 1. Februar und 1. August datieren. Und das aus dem Grunde, weil bis zum Jahre 1917 die Kriegsteuerung doch hauptsächlich und beinahe ausschließlich sich auf Bodenprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse erstreckt. Als aber auch industrielle Fabrikate in den Herdewirbel mit hineingezogen wurden und, was Tempo und Progression der Teuerung anlangt, die Naturerzeugnisse bereits weit überholt haben, bringt fast jeder Monat Preiserrisse auf den verschiedensten Gebieten und durch die Ueberwälzung der Lasten von einer Schichte der Bevölkerung auf die andere verzeichnen die Marktberichte des täglichen Lebens jetzt ausnahmslos Preissteigerungen. Der heurige Sommer insbesondere war überreich an solchen und in erster Linie muß die Verteuerung von Brot und Mehl erwähnt werden. Sie belastet nicht nur direkt die Bevölkerung auf das härteste, sie wird fraglos auch das Sprungbrett werden für neue Preishinaufsetzungen auf allen Gebieten. Von der Erhöhung des Brotpreises wird jeder getroffen, wenn auch nicht jeder in gleich starker Weise, und darum wird an diese Verteuerung die Ueberwälzung sich in einem Grade knüpfen, wie er bisher noch nicht beobachtet werden konnte. Als vorige Woche die Verordnungen der Regierung über die Verteuerung von Brot und Mehl erschienen, wurde zugleich angekündigt, daß die Finanzverwaltung einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt habe, um wenigstens den Mindestbemittelten das Tragen der Last zu erleichtern. Man hat seither nichts mehr über diese Aktion gehört, weder was die Höhe des Betrages, noch was den Umfang des Kreises betrifft, dem er zugute kommen soll. Dem Protest gegen die Brot- und Mehleteuerung, der von Wien ausging, haben sich sämtliche Landeshauptstädte und die großen Industriezentren der Kronländer angeschlossen, denn die indirekte Steuer, als welche sich die Hinaufsetzung des Brot- und Mehlpreises darstellt, ist nicht nur antisozial innerhalb der Wohnerschaft der Städte, sie stellt sich auch als einseitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Produzenten dar, die wahrlich in diesem Kriege keine Ursache haben, Klage zu führen, weder über die Absatzmöglichkeit ihrer Produkte, noch über die Preise, die ihnen hierfür bewilligt wurden, am allerwenigsten aber über das Entgegenkommen der Regierung. Wir haben in den Besprechungen vor Erlassung der Verordnungen über die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Belastungsprobe, die der Bevölkerung auferlegt wird, die stärkste ist seit Ausbruch des Krieges. Nebst den ärmsten Schichten der Bevölkerung ist es vor allem der Mittelstand, den die unausgesetzte Teuerung bereits vollständig an die Grenze seines finanziellen Könnens gebracht hat und für den die Verteuerung des Hauptnahrungsmittels den letzten Tropfen bildet, der das gestrichen vollgefüllte Gefäß zum Ueberlaufen bringt und diesen wesentlichsten Träger des Staatsgedankens zum Abstieg zum Proletariat verurteilt.

Der Berichterstatter über die Kohlensteuer im Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses Hofrat Kuranda hat in dem Schreiben, in dem er sein Referat niederlegt, sehr richtig die prinzipielle Bedeutung des Schrittes hervorgehoben, den die Regierung mit der einseitigen Belastung der städtischen Bevölkerung durch die Verteuerung von Mehl und Brot unternommen hat. Es wäre verfehlt, sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß die Allgemeinheit zunächst in der Freude über die wiedererlangte volle Brotration in ihrem Protest gegen die ihr auferlegte Kopfsteuer eine Atempause gemacht hat. Das Wiedererwachen des parlamentarischen Lebens, ob es nun zu der Septembersession kommt oder nicht, wird diese Frage in den Vordergrund rücken, denn sie ist von grundsätzlicher Bedeutung. Das Ernährungsproblem rückt im Zusammenhange mit der Notwendigkeit der Ordnung der Finanzen in gebieterischer Weise in den Mittelpunkt alles Denkens und Tuns. Unser Ernährungswejen bedarf in verschiedenen Hauptpunkten nicht nur finanzieller Natur der durchgreifendsten Erfolge. Wir sehen jetzt ein Versagen der Märkte in Gemüse und Obst, wie es bei der reichen Ernte des heurigen Jahres auch dann nicht erklärlich ist, wenn die Marmeladenfabriken noch soviel und noch so teuer aufkaufen und wenn der Schlecht-